

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Christine Schneider und Dorothea Schäfer (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Verhandlungen der Landesregierung hinsichtlich des Pheromoneinsatzes

Die **Kleine Anfrage 1063** vom 31. Oktober 2007 hat folgenden Wortlaut:

Mit Pressemitteilung vom 22. Oktober 2007 teilt das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz einen Verhandlungserfolg von BASF und Landesregierung mit. Dabei geht es um die Befüllung der Ampullen sowie um die Stückzahlen pro Verpackungseinheit bei gleichen Kosten. Die Landesregierung bezeichnet diesen Erfolg als das Ergebnis intensiver Gespräche zwischen dem Unternehmen und der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Christine Schneider und Dorothea Schäfer (CDU) vom 19. Juli 2007 (Drucksache 15/1325) namens der Landesregierung hinsichtlich möglicher Verhandlungen geantwortet: „Im Übrigen gehören derartige Preisverhandlungen nicht zum Aufgabenbereich der Landesregierung.“

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung.

1. Zu welchen Zeitpunkten hat die Landesregierung Verhandlungen mit der BASF hinsichtlich des Pheromoneinsatzes bzw. der Kosten für den Pheromoneinsatz geführt?
2. Welche Gründe waren ausschlaggebend dafür, dass die Landesregierung nun doch Preisverhandlungen zu den Pheromonkapseln zum Aufgabenbereich der Landesregierung zählt?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 26. November 2007 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Landesregierung hat 2007 intensive Gespräche mit der BASF Aktiengesellschaft geführt. Diese Gespräche dienten dazu, das Unternehmen bei dessen Verhandlungen mit den jeweiligen Zulieferfirmen über die Konditionen für die Bereitstellung der Pheromone zu unterstützen.

Preisverhandlungen über das Endprodukt, wie in Frage 2 der Kleinen Anfrage behauptet, waren nicht Gegenstand dieser Gespräche.

Hendrik Hering
Staatsminister

